

NACHGEZÄHLT

NORDRHEIN-WESTFALEN IST DAS BUNDESLAND, IN DEM DIE MEISTEN FLÜCHTLINGE ANGEKOMMEN SIND: 329.000 WAREN ES IM VERGANGENEN JAHR. VIELE MENSCHEN BEDEUTEN AUCH VIELE ZAHLEN. EIN ÜBERBLICK. **TEXT&ZAHLEN: Nicole Gonsior**

127 GERÄTE

Seit März gibt es in NRW 127 Geräte, mit denen bei der Registrierung von Flüchtlingen auch biometrische Daten erhoben werden. Die Geräte in den Erstaufnahmeeinrichtungen speichern Fotos und Fingerabdrücke.

13.000 Minderjährige

Rund 13.000 Flüchtlinge unter 18 Jahren sind bis Februar 2016 nach NRW gekommen. Mehr als 600 von ihnen gelten heute als vermisst.

6500 „FLÜCHTLINGSRELEVANTE STELLEN“

Das Land NRW hat im Jahr 2015 mehr als 6500 „flüchtlingsrelevante“ Stellen geschaffen. Der größte Teil davon waren Anstellungen an Schulen.

25.000€

Mit einem Mikro-Darlehen der NRW-Bank sollen anerkannte Flüchtlinge künftig die Möglichkeit bekommen, zu gründen. Seit März 2016 können Flüchtlinge bis zu 25.000 Euro beantragen, um ihre eigene Geschäftsidee umzusetzen.

54.000 MÜSSEN GEHEN

Im Land NRW leben rund 54.000 Menschen, die ausreisepflichtig sind.

4100 Flüchtlinge

Im Jahr 2015 wurden rund 4100 Flüchtlinge der Stadt Dortmund zugewiesen. Im Jahr davor waren es nur etwa 850.

Ursprünglich war Dortmund die einzige Stadt in NRW mit einer Erstaufnahmeeinrichtung. Inzwischen gibt es landesweit FÜNF davon.

230.000

Asylsuchende

Über den so genannten Königsteiner Schlüssel wurde festgelegt, dass NRW im Jahr 2015 rund 230.000 Asylsuchende aufnehmen musste.

67

MILLIARDEN

Von 67 Milliarden Euro, die als Ausgaben im Nachtragshaushalt 2016 vorgesehen sind, will das Land NRW 46,9 Millionen Euro für mehr innere Sicherheit und Integration ausgeben.

16.600 ANTRÄGE

Im Januar und Februar 2016 haben mehr als 16.600 Menschen in NRW einen Antrag auf Asyl gestellt.

Im Jahr 2015 kam es zu 214 RECHTSEXTREMISTISCH motivierten Straftaten gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte. Im Vorjahr waren es lediglich 25.

140 € Taschengeld

Derzeit beziehen rund 6300 Menschen in Dortmund ihr Einkommen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das sind 140 Euro Taschengeld und 216 Euro für alltägliche Bedürfnisse. Von letzterem können Kommunen einen Teil für Ernährung, Kleidung, Körperpflege und Strom einbehalten, falls diese Dinge in den Unterkünften gestellt werden.

75%

DER STRAFTÄTER

75% der Straftäter, die 2015 eine Flüchtlingsunterkunft angegriffen haben, wohnten in der Nähe der Einrichtung.